

Rheinische Post vom 09.04.2014, S. 4

## Rot-Grün wirft CDU Verzögerung bei Inklusion vor

VON DETLEV HÜWEL

**DÜSSELDORF** SPD und Grüne haben sich erleichtert über die Einigung mit den Kommunen bei der schulischen Inklusion gezeigt. Wie berichtet, will das Land nun alljährlich überprüfen lassen, ob die zugesagte Pauschale von 35 Millionen Euro pro Jahr – 175 Millionen Euro in fünf Jahren – die Kosten der Kommunen auch wirklich abdeckt. Falls nicht, soll der Betrag aufgestockt werden. Mit dieser Zusage gehe das Land an die Grenze dessen, was es sich leisten könne, sagte SPD-Fraktionschef Norbert Römer. Sein Grünen-Kollege Reiner Priggen erklärte, er rechne nicht mit einer Kostenexplosion bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von Schülern mit und ohne Behinderung. Vielmehr sei auf Dauer mit einem Rückgang der Aufwendungen zu rechnen.

Priggen warf der CDU vor, sie habe das Thema Inklusion für den Kommunalwahlkampf nutzen wollen. Man habe daran fühlen können,

„dass gewollt wurde, dass der Prozess scheitert“.

Die Einigung von Land und Kommunen kommt nach Ansicht von Klaus Kaiser (CDU) viel zu spät. Unklar sei, wie bauliche Maßnahmen, die jetzt erst beginnen können, rechtzeitig zum Schulbeginn im August fertiggestellt werden können. Sein Fraktionskollege André Kuper sagte, das lange Feilschen um jeden Euro sei „der Inklusion unwürdig“.

Nach dem Städtetag NRW stimmte gestern der Landkreistag dem Angebot des Landes zu. Für morgen wird das Ja des Städte- und Gemeindebundes erwartet. Anschließend will Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) im Landtag dazu eine Regierungserklärung abgeben. Die förmliche Unterzeichnung soll nach der Osterpause erfolgen. Die von den Kommunen angedrohte Verfassungsklage ist damit vom Tisch.